

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Hauptverleger: Hermann Schmidt
Karl-Neubauer-Str. 20/21
Schiffstraße u. Hauptstraße
Dresden - K. L. Marienstraße 20/21

Verlagspreis vom 16. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung bei 1,70 RM.
Wochenpreis für Monat März 4,40 RM. einchl. 20 Wg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgeld).
Anzahlungen: Die Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Wochensatz berechnet: die einseitige 50 mm breite Seite 30 Wg. für auswärts 40 Wg. Familien-
anzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 20 Wg. die 90 mm breite Reklameseite
200 Wg., außerhalb 250 Wg. Offertengeld 50 Wg. Nachdrucke gegen Entgelt

Druck u. Verlag: Leipzig & Weidner,
Dresden, Wilschke-Platz 10/11
Nachdruck aus nicht beanstandeten
Dresden, Radk. 1. Jahrgang
Schiffstraße werden nicht aufbewahrt

Die Steuergesetze im Reichsrat angenommen

Biersteuererhöhung gegen die Stimmen Bayerns

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. März. Der Reichsrat befähigte sich heute in öffentlicher Sitzung mit dem von der Regierung vorgelegten Finanzprogramm. Dieses Programm wurde mit einigen Änderungen angenommen. Die Vorlage über die Zolländerungen enthält die

Erhöhungen des Benzinzolls

von 6 auf 10 Mark und die Einführung eines Benzinzolls von 10 Mark. Die Reichsregierung hat dazu erklärt, daß sie die durch den höheren Benzinzoll entstehende Mehrbelastung des Flugwesens im Etat berücksichtigen werde. Die Thüringische Regierung erklärte, daß sie diese und alle übrigen Zoll- und Steuervorlagen wegen der wirtschaftlichen Notlage Thüringens ablehne. Gegen die Stimme Thüringens wurde der Benzinzoll und Benzinzoll genehmigt.

Zur

Änderung der Tabaksteuer,

die durch Verkürzung der Zahlungsfristen und Aufhebung der Tabaksteuerlager 2 Millionen Mark einbringen soll, hatten die Reichsratsausschüsse beantragt, daß die Lager erst am 1. Oktober 1930 aufgehoben werden sollen. Mit dieser Änderung wurde die Vorlage gegen die Stimmen von Thüringen, Baden, Hessen und Bremen genehmigt.

Der Änderung der Zuckersteuer, die durch Verkürzung der Zahlungsfristen und Aufhebung der Steuerlager 9 Millionen einbringen soll, wurde gegen den Widerspruch Thüringens zugestimmt. Die Mineralwassersteuer soll, wie bekannt, 40 Millionen einbringen, die den Ländern aufbleiben. Auf eine Anfrage wurde von der Reichsregierung erklärt, daß ausländische Mineralwasser ebenso wie inländische behandelt werden sollen. Die Vorlage wurde nach Ablehnung eines Thüringischen Änderungsantrags genehmigt.

Zur Biersteuererhöhung

hatten die Ausschüsse des Reichsrats mit Zustimmung der Regierung eine den Wünschen der Brauindustrie entsprechende Änderung der Staffelung vorgenommen. Ein Antrag der bayerischen Regierung, von der Biersteuer abzusehen und dafür

die Umsatzsteuer von 0,75 auf 1 Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Biersteuererhöhung selbst wurde gegen die Stimmen Bayerns genehmigt. Die Reichsregierung erklärte auf Anfrage, daß ausländische Biere nach der höchsten Steuerstaffel besteuert werden sollen.

Die Ueberweisung von

50 Millionen aus der Industriebelastung

für das Jahr 1930 an die Reichskasse wurde ebenfalls genehmigt. Dem Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer wollten die Ausschüsse des Reichsrats in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage auf 10 Prozent ermäßigen. Bayern beantragte einen Zuschlag von 15 Prozent. Der bayerische Antrag wurde jedoch mit 33 gegen 32 Stimmen, also mit einer Stimme Mehrheit, angenommen. Die Reichsregierung hat sich in diesem Falle die Einbringung einer Doppelvorlage vorbehalten.

Damit waren die Steuervorlagen vom Reichsrat angenommen. Sie werden alsbald dem Reichstag zugehen und schon Anfang der kommenden Woche das Reichstagsplenum beschäftigen. Das Reichstagsplenum wird das Programm dann an den Steuerauschuß verweisen. Während der Beratung des Steuerauschußes werden dann, wie schon angekündigt, die Kompromißbemühungen der Regierung und der Regierungsparteien stattfinden.

Gegen den 10prozentigen Verzugszins bei Steuerstundung

Berlin, 15. März. Wirtschaftspartei und Christlich-Nationale haben im Reichstag gemeinsam eine Interpellation eingebracht, die sich gegen den 10prozentigen Verzugszins bei Steuerstundung oder Steuerverzögerung wendet, während der Reichsbankdiskont auf 55 Prozent herabgesetzt sei.

In einer zweiten Interpellation fordern dieselben Parteien Einstellung der Zwangsmaßnahmen wegen rückständiger Steuerzahlungen und Stundung oder Erlass dieser Schulden.

Berufswahl

Nur noch wenige Wochen, dann öffnen sich wieder die Pforten der Hochschulen und nehmen ein neues Heer von Abiturienten auf. In Sachsen sind es allein an die 3000 solcher „Nullis“, die in diesem Augenblick vor der bange Frage stehen: Was nun? Weiterstudieren oder sofort einen praktischen Beruf ergreifen? Es ist ja nicht mehr so wie einst in der guten, alten Zeit, daß der junge Student sich in Ruhe der neugewonnenen Freiheit freuen und den Ernst des Lebens sorglos an sich herankommen lassen kann. Mit dem Tag der Schulentlassung steht er heute schon mitten drin im harten Existenzkampf, muß er Nerven und Sinne spannen, damit er nicht zurückbleibt in dem allgemeinen Gedränge der Jagd nach dem Glück.

Und während er noch überlegt und schwankt und wählt, da tönen ihm schon wieder die altbekannten Warnrufe der akademischen Berufsgruppen entgegen. Alle, die Juristen, Keräte, Philologen, Ingenieure und was es noch gibt, wehren ab: Nur nicht in unsere Reihen! Alles überfüllt! Keine Aussicht! Zu diesen zahlreichen Sonderbeschwerden kommt jetzt noch die „Deutsche Studentenschaft“ mit einer allgemeinen Warnung vor dem Hochschulkarriereüberhang. „Es ist unverantwortlich“, heißt es in einer Kundgebung ihres Fachamtes, „in heutiger Zeit ohne genaue Selbstprüfung das Studium zu ergreifen; denn die Ueberpannung des Berechtigungswehens und die maßlose Ueberschätzung von akademischer Bildung für das praktische Leben hat in den letzten Jahren zu Verhältnissen geführt, die zu einer sozialen Gefahr werden.“

Die Vorwarnung hört man wohl. Und es fehlt nicht einmal der Glaube. Aber trotzdem nützen diese Warnungen nichts. Im Gegenteil, der Strom zu den Universitäten schwillt von Jahr zu Jahr stärker an. Und das ist unter den gegebenen Verhältnissen menschlich leicht zu begreifen. Jeder einzelne, den es angeht, sagt sich: Warum soll gerade ich zurückstecken? Und die Eltern, die oft unter Entbehrungen die Kosten fürs Studium aufbringen müssen, fragen sich: Warum soll gerade unserm Sohn und unserer Tochter der soziale Aufstieg verwehrt bleiben? Jeder strebt doch über sich selbst hinaus, und das Lebensziel, das er vielleicht nicht erreichen konnte, möchte er seinen Kindern wenigstens erreichbar machen. Es liegt viel Gutes, viel Anerkennenswertes, aber auch viel Tragisches in dieser Erscheinung der Bildungsbegehrtheit, die gegenwärtig in Deutschland grassiert. Neben dem Streben der Eltern und Kinder nach vertiefter Bildung tragen auch die Verhältnisse des Berufslebens stark dazu bei. Viele studieren nur, um einstweilen der Arbeitslosigkeit auszuweichen. Und andere, die nicht den Trieb zu wissenschaftlicher Betätigung in sich spüren, glauben sich zum Studium gezwungen durch die immer höheren Anforderungen, die für den Eintritt in die einzelnen Laufbahnen von den Behörden und auch von der Wirtschaft gestellt werden. Das Ueberangebot von theoretisch vorgebildeten Arbeitskräften treibt die Ansprüche der die Arbeit vergebenden Stellen in die Höhe und die erhöhten Ansprüche verfrachten wieder das Heer der Studierenden. So treibt ein Rad das andere und das Ergebnis ist für den bildungsbegehrigen Nachwuchs und für die Schulen gleich verhängnisvoll.

Wenn man auch über die Gründe dieser Entwicklung und über die Mittel zur Abhilfe verschiedener Meinung sein kann, so sind doch die Wirkungen so eindeutig, daß niemand, den es angeht, die Augen davor verschließen dürfte. Um sie aufzuzeigen, müssen Zahlen sprechen. Ein unbestrittener Fachmann auf diesem Gebiet, Ministerialdirektor Boelker (Dresden), hat sie in einem ausführlichen Aufsatz über diese Fragen in der Zeitschrift „Amt und Volk“ zusammengestellt. Zunächst fällt schon das beängstigende Anwachsen der Zahl der höheren Schüler ins Auge. In Sachsen machten sie 1914 noch 14,8 Prozent und im vorigen Jahre bereits 30,5 Prozent der Gesamtschülerzahl aus. 1914 wurden 1220 Reifezeugnisse verteilt, heuer werden es rund 2000. Während vor dem Kriege nur ein Drittel der Saxoner bis zur Reifeprüfung kam, erreicht jetzt die Hälfte dieses Ziel. Natürlich wirkt sich in diesen Zahlen der viel stärkere Zustrom von Mädchen aus, aber dadurch wird nichts an den Wirkungen geändert, die sich für die Hochschulen und für die Ausfinden in akademischen Berufen ergeben. Die Zahl der Studenten an allen deutschen Hochschulen ist von 72000 im Sommersemester 1911 auf 112000 im Sommersemester 1928 gestiegen; auf 100 Studenten der Vorkriegszeit treffen jetzt schon 155,8 und von Jahr zu Jahr geht das in aufsteigender Linie weiter mit dem Erfolge, daß die Zahl der Vollakademiker mit abgeschlossenen Studium den Bedarf des praktischen Lebens bei weitem übersteigt. Eine Reihe von Wissenschaftlern schätzt diesen Bedarf in ganz Deutschland auf insgesamt 330000. Dabei ist heute schon das Ueberangebot so groß, daß 1000 bis 15000 Akademiker heillos und ungenutzt in Nichtakademikerstellungen sind. Man berechnet, daß es bis 1937 etwa 118000 Akademiker geben wird, für die keine ihrer Vorbildung entsprechende Verwendung vorhanden ist. Die Deutsche Studentenschaft nennt sogar noch viel höhere Zahlen, die auf eine hundertprozentige Ueberproduktion hinauskommen.

Ebenso traurig steht es natürlich in den einzelnen Berufsgattungen aus. Die Ministerialrätin Frau Dr.

Die Weltkirchenkonferenz gegen Rußland

Berlin, 15. März. Die Präsidenten der europäisch-kontinentalen, britischen und orthodoxen Gruppe des „Dokumen-tarischen Rates für praktisches Christentum“ (Stockholmer Weltkirchenkonferenz) erlassen zur Religionsverfolgung in Rußland die folgende Kundgebung:

Durch die Nachrichten über die schwere Bedrückung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Rußland sind wir tief erschüttert. Wir haben weder Veranlassung noch Absicht, uns in die innere Politik Rußlands einzumischen, aber kraft unserer Verantwortung als Diener unseres Herrn und Heilands Jesus Christus und in Treue gegen die Prinzipien unserer Stockholmer Botschaft von 1925 erheben wir unsere Stimme zum Protest.

Wir versichern die in ihren heiligsten Menschenrechten schwer Verletzten unseres tiefen Mitleids. Wir ermahnen unsere Glaubensgenossen in allen Ländern, treuer noch als bis-

her sich mit den Bedrückten in Bitte, Gebet und Fürbitte zu vereinen und den allmächtigen und barmherzigen Gott anzuflehen, daß Er den Bedrückten Kraft bis zum Neuen Jahr gebe, daß Er der schweren Not unserer Brüder ein Ende mache, daß Er durch die Wetterzeichen der Zeit und alle anfrühele zu neuer Ruhe für die Verläumdeten der Christenheit und zu neuem brüderlichen Dienst in der Nachfolge unseres Meisters.

Berlin, Winchester, London und Upsala, den 15. März 1930.

Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler, Präsident der europäischen kontinentalen Gruppe Lord-Bischoff von Winchester, Präsident der britischen Gruppe Metropolit und Theodor, Erzbischof Germanos, Präsident der orthodoxen Gruppe, Erzbischof Söderblom, Ehrenpräsident der europäisch-kontinentalen Gruppe.

100 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß

Der deutsche Außenhandel im Februar

Berlin, 15. März. Die Ausfuhr im Februar beträgt 1026,3 Mill. RM., die Einfuhr nur 926,3 Mill. RM. Mitin ergibt sich für Februar ein Ausfuhrüberschuß von 100 Mill. RM. Der tatsächliche Ausfuhrüberschuß im Februar ist jedoch noch um fast 50 Millionen höher, da die Einfuhr noch nachträgliche Zollabrechnungen für 1929 in Höhe von 101 Mill. RM. enthält, denen ein in der Einfuhrzahl nicht enthaltener Zollabrechnungsverkehr für Februar von schätzungsweise 50 Mill. RM. gegenübersteht. Die Handelsbilanz im Februar ist also mit fast 100 Mill. RM. aktiv.

Gegenüber dem Vormonat haben Ausfuhr und Einfuhr abgenommen, härter jedoch die Einfuhr. Die zahlenmäßige Abnahme der Ausfuhr (88 Mill. RM.) ist wohl aber nur auf die geringere Zahl von Tagen im Februar gegenüber dem Januar zurückzuführen; denn auf den Arbeitstag umgerechnet, ergibt sich im Februar sogar eine Steigerung der Ausfuhr gegenüber Januar. Der Anteil der Reparations-sachlieferungen an der Ausfuhr im Februar beträgt 64,5 Mill. RM. (Januar 58,8 Mill. RM.).

Bei dem Vergleich der Einfuhrzahlen für Januar und Februar ist zu beachten, daß auch die Januarziffer sich aus zwei Teilen zusammensetzte, nämlich der tatsächlichen Einfuhr

im Januar und den Einfuhrmengen des letzten Halbjahrs, die den Zollabrechnungen am Ende des Jahres entsprechen. Würde man dies nicht in Rechnung stellen, ergäbe sich für Februar eine zahlenmäßige Einfuhrminderung um 323,2 Mill. RM., die nicht den tatsächlichen Vorgängen entspricht. Die für einen Monatsvergleich zu benutzenden Ziffern sind für Januar, nach Abhebung von 223 Mill. RM. Zollabrechnungen, 1081,9 Mill. RM. und für den Monat Februar, nach Abhebung von 101 Mill. RM. Zollabrechnungen, 880,8 Mill. RM. Es ergibt sich also im Februar eine Abnahme der Einfuhr um 201,8 Mill. RM.

Vor einem neuen Gütertarif der Reichsbahn

Düsseldorf, 15. März. Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, tritt der Verkehrs-ausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 25. d. M. zusammen, um über verschiedene Vorschläge der Deutschen Reichsbahngesellschaft zur Umgestaltung der Gütertarife zu beraten.

Die Vorschläge gehen, wie das Blatt hört, u. a. darauf hinaus, bei den Stückgütertarifen eine Erhöhung der Anfangsbelastung und eine etwas härtere Staffelung herbeizuführen. Man erwartet bei der Durchführung der Vorschläge Mehreinnahmen von 50 Millionen Mark.